

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 170

Freitag, den 23. Juli 1920

11. Jahrgang

Regierungsumbildung und Waffenstillstandsangebot in Polen.

Nach der Konferenz.

Von Victor Schiff.

Der gemeinsame Informationsdurst und wohl auch die gemeinsame Langeweile trieben uns zusammen, als wir abwechselnd unter glühender Sonne und strömendem Regen stundenlang vor dem Schlosse La Fraigneuse standen, hinter dessen Mauern das Schicksal der Welt geregelt wurde. Illustrierte und deutsche Berichterstatter. Die gegenseitige strengste Reserve des ersten Vormittags war bald gebrochen. Sogar ein neutraler oder amerikanischer Korrespondent hatte zwischen dem einen und dem anderen vermittelt. Oder man kannte sich von Berlin her? Oder von Versailles? Denn es standen vor dem Schlosse nicht nur Pressevertreter, sondern auch Geheimpolitiker, und der Zufall wollte es, daß zwei dieser Herren, die uns einmütig im Hotel des Refectoirs beschützten, besser gelagert bewachten, diesmal in edlerer Mission dem persönlichen Schutze des Ministerpräsidenten Millerand beigegeben, uns sofort wiedererkannten und freudig begrüßten, mit dem unfehlbaren Physiognomiegedächtnis und den freundlichen Umgangsformen der Pariser Kriminalbeamten.

Allein die Belgier hielten sich, wenigstens in den ersten Tagen, zurück. Zwischen den meisten französischen und den deutschen Korrespondenten war bereits zu Beginn der Konferenz ein kollegiales Verhältnis zu verzeichnen, das bis zum letzten Tage währte. Keine Ueberbühnlichkeit, aber mehr als formelle Korrektheit. Dabei konnte man gewisse Beobachtungen machen, die die Wurzel des Übels, an dem dieses deutsch-französische Verhältnis und Europa überhaupt leidet, erkennen lassen.

Am Nachmittag hat man sich unter vier Augen stundenlang mit dem Berichterstatter eines der größten Pariser Blätter unterhalten. Ueber dieses oder jenes Problem der Spaer Konferenz. Man hat ihm den deutschen Standpunkt entwickelt, den bürgerlich-offiziellen und den sozialistischen. Aus den Antworten und Bemerkungen seines Zuhörers muß man entnehmen, daß dieser vollständig im Bilde unserer Schwierigkeiten ist, man ist erheitert über die Objektivität seines Urteils, ja man muß manchmal staunen über die spontane Beurteilung gewisser Maßnahmen, die in lebendiger Erinnerung sind: der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, der Auslieferungsskizze, der Befestigung des Maingauts usw. Das Blatt, für das der Journalist berichtet, hat eine Millionenauflage. Wenn seiner Lesern in diesem Sinne berichtet wird, so kann der Tag der Verständigung nicht mehr fern sein!

Am nächsten Tag hat man Gelegenheit, in dem betreffenden Pariser Blatt die Telegramme desselben Kollegen zu lesen. Und nun staunt man erst recht. Von dem geistigen Verständnis ist nichts mehr zu verspüren. Es ist zwar nicht mehr dieselbe fanatische Gehässigkeit wie vor einem Jahre, aber alles, was Herr Millerand in der Sitzung gesagt hat, wird gefeiert, alle Drohungen, die er ausgesprochen, werden mit einer Selbstverständlichkeit wiederholt, mit einem Unterton der Genugtuung erörtert, die in einem dem Zweifel aufkommen lassen, ob man denn das Gespräch vom gestrigen Tage geträumt habe. Das aber ist es, was die Millionen zu Gesicht bekommen, nicht die erkenntnisvollen Wahrheiten und mutigen Geständnisse der Unterredung unter vier Augen.

Hat denn der Berichterstatter einem nur nach dem Munde geredet? Keineswegs! Wo heuchelte er, unter der schattigen Ede des Parks von La Fraigneuse oder in der Telephonezelle des Postamtes? Weder hier noch dort! Er war vielmehr subjektiv ebenso aufrichtig gegenüber dem deutschen Kollegen als gegenüber den französischen „Germans“. Und merkt selbst nicht den Unterschied.

Wir haben es hier mit einer psychologischen Eigenschaft zu tun, für die vielleicht schon früher im französischen Charakter die Veranlagung vorhanden war, die sich aber während des Krieges so stark entwickelt hat, daß nur die stärksten Charaktere sich von ihr freihalten konnten. In den Zeiten des „Defaitismus“, als keiner auch seinem Nächsten trauen durfte, ist fast ein jeder französischer Zeitungsmann dieser Waffensuggestion erlegen. Wenn er heute die Beschimpfungen und Gehässigkeiten vermeidet, so ist das schon von seiner Seite eine anerkenntniswerde Selbstüberwindung, die ihm allerdings durch eine zunehmende verständlichere Stimmung in französischen Volke selbst erleichtert wird. Aber darüber hinaus noch neue Wahrheiten aussprechen, neue Wege weisen, das kann man von ihm noch nicht verlangen. Die Befangenheit in den Gemeinplätzen des Nachkrieges ist noch zu groß, der gegenseitige Terror in Sachen des „Defaitismus“ ist noch zu gefährlich.

Zu den Gemeinplätzen, die die französische Presse heute noch pflegt, weil sie noch allein maßgebend sind, gehört die Idee des Sieges und die der Unantastbarkeit des Versailler Friedensvertrages. Und nicht nur der Redakteur, sondern auch und in einem weit größeren Maße der Politiker muß sich nach dieser doppelten grundlegenden Fiktion richten, muß nach ihr schreiben, reden und handeln — wenigstens vor der Welt.

Wenn man diese Verhältnisse herabachtet, die sich nicht in einem, sondern in Hunderten von Beobachtungen bestäti-

gen, dann erscheinen einem die Ereignisse und Ergebnisse von Spa in einem etwas mildereren Lichte. Man wäre sonst wirklich geneigt, an der Menschheit und an dem Menschenvorstand zu verzweifeln und seine Zuflucht, nach national-bolschewistischen Mustern, in verzweifeltsten Lösungen zu suchen.

Was uns in Spa gefehlt hat, das war eine Delegation, deren demokratische und pazifistische Gesinnung schon in der Stellung ihrer Mitglieder im innerpolitischen Leben Deutschlands gewährleistet war. Es ist kein Zufall, daß die Ältesten am meisten Vertrauen dem demokratischen Minister Simons schenkten und daß der größte moralische Erfolg für die deutsche Delegation die Rede des sozialistischen Arbeitersführers Hue war.

Aber warum gelang es Hue nicht, die Gegnerpartei von der Unmöglichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen? Nicht zuletzt wegen Herr Stimmes die Wirkung der hiesigen Rede durch die provozierenden Ausfälle der eigenen Rede im voraus neutralisiert hatte. Die französischen Berichterstatter waren — immer in den Privatgesprächen — einer Meinung darüber, daß Hues Rede ausgezeichnet und eindrucksvoll war, aber in ihren Telegrammen wurde sie nur mit wenigen Worten erwähnt, die Sinnessachen Herausforderungen boten ihnen dagegen einen für die geistige Veranlagung der französischen Öffentlichkeit viel günstigeren Stoff — und wurden dementsprechend breitgetrieben. Wenn heute übrigens auch die englische Arbeiterschaft noch immer nicht weiß, welchen fürchterlichen Schlag die Kohlenforderungen der Entente für das deutsche Proletariat und speziell für die deutschen Bergarbeiter bedeutet, so ist es in der Hauptsache demselben Umstand zu verdanken, nämlich, daß die englischen Berichterstatter den Eindruck erwecken konnten, als hätte es sich in Spa um einen Kampf zwischen Ententefaktualisten und rheinischen Grubenbaronen gehandelt.

Abgesehen davon aber läßt sich die Haltung Millerands in der Kohlenfrage in der Hauptsache durch die Massenpsychologie erklären, die er mit seinem „nationalen Bloch“ allerdings selbst großgezogen hat. Man darf nicht vergessen, daß Frankreichs Kohlennot sehr groß ist und daß es besonders den ärmeren Schichten vor dem kommenden Winter graut. Das Gespenst der innerpolitischen Ränke, die sich in der breiten Öffentlichkeit und noch mehr in den Räumen des Parlaments und der Schwerindustrie abspielen, erschwerte seine Stellung ungeheuerlich. Er ist ein Gefangener des doppelten Dogmas, des „Sieges“ und der Unantastbarkeit des Friedensvertrages.

Gegen diese ständige Erpressung durch die Poincaré, Barthou, Capus, Tardieu und Léon Daudet wird sich kein französischer Ministerpräsident wehren können, so lange der „nationale Bloch“ mit seinen 420 Abgeordneten die Kammer und die große Presse beherrscht. Deshalb mußte Millerand in Spa vielleicht wider bessere Ueberzeugung und allen Mahigungsratschlägen von Lloyd George zum Trotz den Schein der Unversöhnlichkeit wahren und mit dem Säbel von Foch bei jeder Gelegenheit raffen.

Buchstäblich genommen sind zwar in Spa einige Mißverständnisse des Friedensvertrages von uns erteilt worden, die aber in Wirklichkeit nur darin bestehen, daß traffe Unmöglichkeit in scheinbare Möglichkeiten umgewandelt worden sind. Aber auch diese Mißverständnisse mocht Millerand kaum vor seinen Gegnern zu rechtfertigen. Eine kleine Einzelheit ist typisch für diese Geistesverfassung. Der Punkt 1 der deutschen Gegenvorschläge (Befreiung von 2 Millionen — binnen monatlich während eines halben Jahres) ist von der Entente mit dem Zusatz angenommen worden: „welche Menge von der Wiedergutmachungskommission genehmigt worden ist“. Hier ist deutlich die Angst Millerands vor Poincaré und der Kammer des „nationalen Blochs“ zu erkennen, die sonst nach Verletzung des Vertrages schreien, von neuem die Unantastbarkeit der Wiedergutmachungskommission vorklarieren würde und dem Ministerpräsidenten daraus einen Strich drehen könnte.

Nur aus dieser Massenpsychologie, die das Thema „Reaktion“ noch nicht erträgt — obwohl es in allen anderen europäischen Ländern in letzter Monaten erörtert wird, ist es zu erklären, daß das Pariser „Journal“ am 18. d. Mts. über das Kohlenbittakt von Spa, das vielleicht der Kern der deutschen Industrie zur Folge haben wird, unter der Überschrift: „Versöhnungspolitik“ schreiben konnte: „In Spa hat die Theorie der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands den Sieg davongetragen!“

Die Massenpsychologie, die bereits in England und vor allem in Italien überwunden ist, wird auch allmählich in Frankreich schwinden. Hoffentlich, ehe es zu spät ist.

Die Ergebnisse von Spa sind deshalb so betäubend, weil sie ein Jahr nach Versailles noch immer unter dem Zeichen von Versailles standen.

Aber darf sich das deutsche Volk darüber wundern und beklagen, wo es sich am 6. Juni in die Arme derer warf, die es nach Versailles gebracht haben? Die Konferenz von Spa stand nämlich auch unter dem Zeichen der Reichstagswahlen — Stimmes und See!!

Regierungsumbildung und Waffenstillstandsangebot.

Auf dem Vermittlungsvorschlag Englands hatte die Sowjetregierung geantwortet, daß sie darauf eingehen würde, wenn von Polen selbst ein Waffenstillstandsangebot erfolgen würde. In Warschau hatte man sich anfänglich noch etwas gegen diesen Schritt gestäubt. England gab jedoch Polen zu verstehen, daß es ein unmittelbares Waffenstillstandsangebot Polens wünscht. Daraufhin fand sofort eine Sitzung des diktorischen Landesverteidigungsrates statt, der den Beschluß faßte, das direkte Angebot nach Moskau zu senden.

Um dem Angebot möglichst großen Nachdruck zu verleihen, wurde ferner die Bildung eines Koalitionskabinetts aus sämtlichen Parteien des Landtages beschlossen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der liberalen Bauernpartei und der Sozialdemokraten. Ministerpräsident wird voraussichtlich der Führer der Bauernpartei, Wilos, während der Sozialist Dajlaski voraussichtlich das Ministerium des Äußeren übernimmt. Die neue Regierung soll noch im Verlaufe der Nacht vom Donnerstag zum Freitag gebildet und hierauf das Waffenstillstandsangebot funktentelegraphisch nach Moskau abgeschickt werden.

Die „Times“ meldet aus Warschau: Der Umstand, daß die Antwort der Bolschewiki auf das polnische Waffenstillstandsangebot noch nicht eingetroffen ist, verursacht in Polen Unruhe. Die Polen glauben, daß die Bolschewiki möglichst große Vorteile aus der militärischen Lage ziehen wollen, die ihnen im Augenblick sehr günstig ist. Ähnliche polnische Kreise sind sich darüber klar, daß die von England geleistete Hilfe nur aus Kriegsmaterial bestehen wird. Bitterkeit werden auch Freiwillige nach Polen geben. Aber, wie verlautet, ist nirgends die Rede von der Abwendung eines englischen Expeditionsheeres.

In Besprechungen der Reden Lloyd Georges geben „Daily Telegraph“, „Times“ und „Daily News“ einmütig der Ansicht Ausdruck, daß England und Frankreich unbedingt verpflichtet seien, den Polen im Falle eines bolschewistischen Einbruchs bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit zu helfen.

Polens unaufhaltsame Niederlage.

Der Heeresbericht des polnischen Generalstabes vom 21. Juli schildert den weiteren Rückzug des polnischen Heeres: Die feindlichen Abteilungen führten einen Angriff längs der Chaussee Grodno—Sokolki und kämpften mit unseren Truppenteilen in der Höhe von Batum, nachdem die Grodno erobert hatten. Die Ortschaft Batum, die vorübergehend verloren wurde, ist durch einen tapferen Gegenangriff unserer Infanterie wieder zurückerobert worden. Längs des Njemen von Lunaja Wola bis zur Mündung des Flusses Schtschawa versuchen die Bolschewiki um jeden Preis unsere Verteidigungsstellungen zu forcieren. Die bolschewistischen Angriffe, die an der Linie des Flusses Schtschawa geführt worden sind und hauptsächlich auf den Brückenkopf von Slonim, zwangen uns, diese Ortschaft zu verlassen. Gegenüber ist ein hartnäckiger Kampf auf der Hälfte des Weges zwischen Slonim und Selwa im Gange. Zum Kampf in diesem kleinen Abschnitt konzentrierte der Feind drei Infanterieabteilungen, die bei der Fortsetzung des Ljubar und Slonim äußerst schwere Verluste erlitten.

In Polonien im Rajon Dziadowitsch gingen unsere Truppenteile, nachdem sie die starken feindlichen Angriffe zurückgewiesen hatten, zum Gegenangriff über und warfen die bolschewistischen Abteilungen von ihrem Beseitz zurück und machten mehrere Gefangene. Im Süden des Rajon versuchte der Feind, die tapferen Kämpfer der Gruppe des Generals Szachowitsch zu liquidieren und tangenzierte dadurch in diesem Rajon eine ganze Infanterieabteilung. Eine beträchtliche Anzahl von Kavallerie. Nach hartnäckigen Kämpfen eroberte der Feind Belskaja und verdrängte unsere Abteilungen nach Drowinowka. Weiter im Süden sind alle Eingriffe trotz der äußerst energischen Anstrengungen des Heeres, unsere Front an dem Flüsse Styr zu durchbrechen, durch unsere Truppenteile abgewiesen worden.

Au der Front im Süden verließen wir nach heldenmütiger Verteidigung der 18. Division Dubno, das von Kavallerie Budennaj befehligt worden ist, die durch starke Infanterieabteilungen in Jahrgängen verstärkt war. Im Rajon Dubno wird gegenwärtig ein erbitterter Kampf bei Targowice im Norden und bei Kossia im Osten geführt. Die heldenmütigen Abteilungen der ersten Armee weichen weiterhin die hartnäckigen Angriffe des Feindes an der Linie des Jbratsch zurück, die vom Feinde mit nichtmachlassender Energie und mit vollständiger Nichtachtung der Menschenverluste, die er erleidet, führt. Bei Woloskowsky rief sich eine Brigade der feindlichen Kavallerie, die 800 Lanzen stark war, nach unserem Hinterland durch, wurde jedoch nach einer erbitterten und blutigen Schlacht hinter den Jbratsch zurückgeworfen. Unter dem Einflusse dieses tüchtigen Verhaltens unserer Truppen und in Anbetracht der mächtigen Verluste, die der Feind in diesem Abschnitt erlitt, ging in der Nacht vom 19. zum 20. d. Mts. das Kubanische Kosakenregiment im vollständigen Bestande auf unsere Seite über.

Genf und Moskau.

Am 31. Juli beginnt der internationale Sozialistenkongress in Genf. Der erste allgemeine Kongress der alten zweiten Internationale nach dem Kriege. Nicht alle Geladenen werden kommen, aber was erscheinen wird, wird zum mindesten genügen, halb Europa zu repräsentieren. Die englische Arbeiterpartei und die deutsche Sozialdemokratie werden die beiden karten Stützen des wiedererfolgten Zusammen schlusses bilden. Belgier, Holländer, Dänen und Schweden werden sich ihnen anschließen.

Die Bedeutung des Genfer Kongresses wird jedoch nicht allein in seinen offiziellen Vertretungen ruhen. Verschiedene sozialistische Parteien wie die Niederländische und schwedische, haben ihre Vertretung nur darum abgelehnt, weil sie sich nicht dem Streit um die zweite oder die dritte Internationale in ihrem Innern zu erlauben. Auch sie haben in ihrer Weisheit an dem Boden des demokratischen Sozialismus und der zweiten Internationale. Die Gedanken, die in Genf die beiden großen Arbeiterparteien Europas, die englische und deutsche, zusammenführen, haben zahlreiche Verbindungen und in ihrer Parteien, die sich durch Reichhaltigkeit von Bestrebungen in der politischen Partei, in der demokratischen Partei und sogar auch bei den deutschen Unabhängigen. Diese haben das Band mit der zweiten Internationale nicht aus eigenen Willen gerissen, sondern nur unter dem Druck äußerer Notwendigkeit und dem Diktat Moskaus. Inwiefern wird der inoffizielle Besuch, den sozialistische Gruppen und einzelne bekannte Persönlichkeiten des Sozialismus dem Genfer Kongress abstatten werden, eine besonders starke Bedeutung haben.

Dieserjenige, der triumphierte, die zweite Internationale sei gescheitert, werden am Ende doch mal Recht behalten. Und gerade sie mußte zugrunde, so würde sie nicht, wie ihr vorausgesetzt wurde am sogenannten „Sozialpatriotismus“ zugrunde gehen, sondern durch die zersetzende Kraft des Bolschewismus. In Genf werden deutsche und belgische und englische Sozialisten zusammenkommen, die während des Krieges in ihrem Lande hielten und die gemeinsame Arbeit wird an Erinnerungen nicht lebendern. Wenn die Franzosen und die Italiener nicht kommen, so sind nicht die Nachwirkungen des Krieges daran schuld, sondern die unterschiedlichen Auffassungen über den Streitpunkt Demokratie oder Diktatur. Die früheren französischen Rechte, vor allem um Thomas und Renardel dürften ebenso wie die in hiesigen Sozialisten in Genf inoffiziell vertreten sein.

Indes, wäre es den Gegnern der zweiten Internationale gelungen, sie wirklich zu vernichten, so hätten sie auch wiederum nur ihre Fähigkeit im Zerstreuen bewiesen, während sie im Wiederaufbau lässig verfielen. Die zweite Internationale sollte reorganisiert werden der dritten Internationale zuliebe; diese dritte Internationale erweist sich aber immer mehr als ein lebensunfähiges, nur in der Einbildung bestehendes Gebilde. Schon ist davon die Rede, daß der hoffnungslose Neubau abgebrochen werden und ein alternativer, die vierte Internationale, in Angriff genommen werden soll. Wir hätten dann glücklich drei Internationales nebeneinander: die Internationale der demokratischen Sozialisten in Genf, die Internationale der Diktatursozialisten in Moskau und die Internationale derer, die nicht wissen, wohin sie gehören, die weder Fleisch noch Fisch sind, wie die deutschen Unabhängigen und die französischen Sozialisten um Longuet.

Über den Firmität der Unabhängigen in die dritte Internationale ist seit Jahresfrist hin und her verhandelt worden. Jetzt scheinen diese Verhandlungen endgültig gescheitert zu sein, da sich die Unabhängigen weigern, der von ihnen geforderten Zusammenziehung mit der kommunistischen Partei (Spartakusbund) zu willigen. Dieser Zusammenziehung sollte ein rücksichtloses Bekenntnis der Unabhängigen zu Gewalt, Bürgerkrieg, Diktatur und Terror begleitet sein. In der brutalsten Weise hat Moskau die Unterwerfung der Unabhängigen unter die russischen Auffassungen von sozialistischer Volksherrschaft erfordert und damit nur aufs neue die Rücksicht der Behauptung Kautskys bewiesen, man spreche von Bolschewismus so gut, wenn man ihn den asiatischen Sozialismus nenne, — man müsse logen: der tatarische!

Die Unabhängigen können sich als Parteigänger nicht in die russische Gesellschaft stürzen, dazu sind die europäischen sozialistischen Arbeiterparteien und die realpolitischen Erwägungen bei ihnen doch zu stark! Soll ein Anschlag eines Teiles von ihnen in Moskau erfolgen, so muß er mit einer neuen Parteiloyalität verbunden sein. Der alte Fühler der Unabhängigen wird sich dann mit den Kommunisten vereinigen und der rechte wird irgendwo in der Luft hängen bleiben.

So die Russen den Sozialisten der anderen europäischen Länder nach demselben barbarischen Bedingungen stellen wie den deutschen Unabhängigen, ist an ein ernstliches Zusammenarbeiten größerer sozialistischer Parteien in der sogenannten dritten Internationale gar nicht zu denken. Diese sogenannte dritte Internationale besteht in Wirklichkeit nur aus der in Rußland regierenden etwa 100 000 Köpfe zählenden kommunistischen Partei und kleineren Gruppen in Europa, die als geheime in Rußland konzentrierte Agenden Lenin und Diktatur die Geschäfte der russischen Zentralmacht zu betreiben haben. Diese Internationale ruht auf dem Boden der Diktatur auf der einen Seite, der klassischen Abhängigkeit auf der andern. Sie ist lebensunfähig und zum Verderben verurteilt.

Wir aber wollen nicht Best geben, um eine sozialistische Internationale wieder aufzurichten, die auf dem freien Willen und der freien Überzeugung aller ihrer Teile beruht.

Deutschland.

Ein neuer Reichslügenverband.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie unruhigen: Insbesondere soll, wie der „Vorwärts“ meldet, wieder ein solches geschehen werden. Seine Hauptaufgabe wird die sein, die Lebensfähigkeit der Arbeiterparteien des Reiches drückend und leben sich nach neuem Bestimmungsfeld zu geben. Da aber die alte Form nicht mehr zu kompromittiert erscheint, so wollen sie den früheren Glauben unter neuer Form zu machen. Bereits haben sie eine „Bürgerliche Jungbundesliga“ gegründet, die deren Position die ehemaligen Reichsverbandes, unter General v. D. v. Döberl und Syndikus Dr. Gumboldt führen. Über die Hauptaufgabe der Liga ist nur als Kernsache zu sagen: die „Bürgerliche Jungbundesliga“ soll die „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ sein, welche es sein

wird, die Tätigkeit des alten Reichsverbandes fortzusetzen. Für ihn erlassen die Liebert und Ludwig einen Gründungsaufruf, dem sie ein Beitrittsformular angeschlossen haben. Als vorsichtige Geschäftsleute haben sie diesem Formular eine Klausel beigefügt, durch die sich der Eintretende gleich für die Dauer von drei Jahren zur Beitrittserklärung verpflichtet. Ueber den Zweck des neuen Reichsverbandes lautet der Aufruf: „Der Sozialismus aller Richtungen ist zu bekämpfen, das schaffende Bürgertum zu stärken. Die Wahndeeen müssen aus den Köpfen heraus.“

Da mögen die Herren Liebert und Ludwig, die sich noch immer mit der Wahndeeen tragen, den sozialistischen Gedanken niederzulegen zu können, recht kräftig an ihre eigenen Schädel schlagen!

Kommunalpolitisches aus der U. S. P.

Prinzipienfestigkeit ist bekanntlich die starke Seite unserer Unabhängigen. Zum Beweis dafür folgende:

In den beiden Schmelzfabriken Eberfeld und Warmen soll das Schulgeld erhöht werden. In Eberfeld lehnten die Unabhängigen die Erhöhung ab und in Warmen stimmten sie dafür.

Nach dem Tode der parteigenösslichen Lehrer „Der freie Lehrer“ lautet der unabhängige Professorenrat über die Eberfelder Ablehnung folgendermaßen:

„Eine längere Debatte rief die Erhöhung des Schulgeldes hervor. Genosse Hoffmann beantragte, es bei den bisherigen Schulgeldhöhen zu belassen, bis die Stellung der Sache nach dem Einkommen durchgeklärt ist. Die Argumente unseres Genossen Hoffmann konnten nicht entfallen werden, aber trotzdem stimmten die Bürgerlichen mit den Reichssozialisten für die Erhöhung, die die Angehörigen des durch den Krieg und den Kapitalismus verarmten sogenannten Mittelstandes und die Arbeiter hart trifft.“

In Warmen begründete der Vertreter der Unabhängigen ihre Stellung folgendermaßen:

„Im Gegensatz zu einem Teil der anderen Fraktionen haben wir der Erhöhung des Schulgeldes auf 400 Mark zugestimmt. Wir haben uns keineswegs darüber hinweggesetzt, daß dies eine große Belastung für den sogenannten Mittelstand, für einen großen Teil der mittleren Beamten und auch für die Arbeiter ist, die ihre Kinder der höheren Schulbildung zuführen. Unser Schulprogramm strebt die Einheitschule mit dem Überbau der Auflese der Tüchtigen; aber solange unsere höheren Schulen sich nicht nach diesem Programm aufbauen, solange bleiben sie ein Privilegium der kapitalistischen Gesellschaft. Und da die Kommune für jeden Schüler der höheren Schule aus öffentlichen Mitteln das dreifache und zweifache aufwenden muß als für jeden Volksschüler, halten wir es für ungerecht, wenn die Stadt nun zum Nutzen der kapitalistischen Klasse noch tiefer in den Säckel greifen soll. Wir bedauern es, daß uns die Finanzen dazu zwingen, die Erhöhung des Schulgeldes vorzunehmen, wir würden es aber nicht heranzuziehen können, wenn nun derjenige Arbeiter, die es sich leisten können, auf Kosten der Allgemeinheit eine Vergütung zur Erziehung ihrer Kinder gegeben würde, eine Vergütung die eben in dem gleichen Maße nicht den Frauen und Kindern zugute kommt.“

Nicht nur die Argumente des Herrn Hoffmann-Eberfeld sind durch seine Wärmere Genossen entkräftet worden, sondern diese werden ihm und seinen Parteifreunden sogar vor „Zugunsten der kapitalistischen Klasse“ nach tiefer in den Säckel greifen zu haben und „demokratischen Kreisen, die es sich leisten können, auf Kosten der Allgemeinheit eine Vergütung zur Erziehung ihrer Kinder“ gegeben zu haben.

Es ist doch eine lächerliche Partei die U. S. P., die Vertreterin des revolutionären Sozialismus. Sie kann einfach alles, bei allen Dingen alles begründen. Sie ist nicht nur zu bewundern, sondern auch zu beneiden, weil ihre Mitglieder — wenigstens bisher — alles glauben, was man ihnen vorredet. Aber hoffentlich hängt es auch bei dem einmal an zu klammern.

Die neue Schlichtungsordnung.

Die seit langem angeforderte Schlichtungsordnung, die die gesetzliche Regelung aller Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorzieht, ist jetzt im Entwurf fertiggestellt. Es werden folgende Schlichtungsorgane gebildet: 1. Schlichtungsausschüsse, 2. Landeslichtungsausschüsse, 3. ein Reichseinigungsamt. Oberste Behörde ist das Reichsarbeitsministerium. Die unterste Behörde, der Schlichtungsausschuss, besteht aus einem unparteiischen Vorsitzenden und aus ständigen und nichtständigen Beisitzern. Der Vorsitzende wird von der obersten Landesverwaltungsbehörde gestellt. Er hat die Rechte und Pflichten eines staatlichen Beamten. Die Landeslichtungskammer besteht aus einem ebenfalls von der obersten Landesverwaltungsbehörde ernannten Vorsitzenden, ferner aus je einem ständigen und zwei nichtständigen Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. Die Revisionskammer des Reichseinigungsamtes legt sich wie die Revisionskammer des Reichseinigungsamtes legt sich wie kommen, dem Vorsitzenden, zwei richterlichen Beamten und Beisitzern, die das Reichsarbeitsministerium ernannt.

Die wichtigste Bestimmung der neuen Schlichtungsordnung ist der § 56, der festlegt, daß der Schlichtungsausschuss von dem Arbeitgeber angerufen werden muß, wenn dieser eine Aussetzung beabsichtigt, und daß ebenso die Arbeitnehmer der Schlichtungsausschuss in Anspruch nehmen müssen, wenn sie die Arbeit einstellen wollen. Aussetzungen und Arbeitseinstellungen sind unzulässig, bevor nicht der Schlichtungsausschuss angewiesen und eine Einigung zustande gekommen oder ein Schlichtungsbescheid gefällt worden ist. Erst nachdem der Schlichtungsausschuss den Fall behandelt und den Schlichtungsbescheid gefällt hat, darf getreift werden, wenn in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit der Streit beschlossen wird. Ist die oberste Verwaltungsbehörde der Meinung, daß durch den Streit die Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung oder ihre Versorgung mit dem notwendigsten Lebensbedarf gefährdet ist, so kann sie den gefällten Schlichtungsbescheid für verbindlich erklären. Wille Streits sind verboten. Gegen die Entscheidung der Schlichtungsausschüsse ist Beschwerde zulässig, über die die Revisionskammer des Landeslichtungsausschusses entscheidet.

Der fünfte Abschnitt der Schlichtungsordnung enthält die Strafbestimmungen. Dazu gehören die Absetzung der Betriebsräte und der sonstigen Betriebsvertretungen. Wer sich weigert, als Schlichtungsbehörde zu wirken, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft. Wer Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse offenbart, die ihm als Mitglied einer Schlichtungsbehörde bekannt geworden sind, wird mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. oder mit Gefängnisstrafe bestraft. Wer entgegen dem Schlichtungsbescheid zum Streik aufruft oder antritt, wird mit Geldstrafe bis zum Höchstbetrage von 500 Mk. bestraft. Gegen Personen, die sich eines solchen Verbrechens schuldig machen und weder zu dem am Streik beteiligten Arbeiter oder Unternehmer gehören, kann eine Buße bis zu 100 000 Mk. verhängt werden. (§ 56)

Die „Freiheit“ für den Kapitalismus.

In ihrer Freude über die Einigung in der Kohlenfrage in Spa scheinen die Unabhängigen vollkommen ihre Grundzüge verloren zu haben. — In bezug auf die „Wiederannäherung“ der Völker hat die unabhängige Berliner „Freiheit“ (Nr. 280 vom 16. Juli) nichts dagegen, wenn sie sich „in kapitalistischen Formen vollzieht“. Aber allem die Krone fehlt der folgende Satz auf:

„An dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist nicht nur das Kapital interessiert; die Arbeiterklasse weiß, daß sie um so rascher ihr Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erreichen wird, je ungestörter die kapitalistische Produktion sich entwickelt.“

Da schau einer an! Seit Jahr und Tag tömt und tobt diese Gesellschaft, weil angeblich die verlassene Regierung den deutschen Kapitalismus wieder in den Sattel geholt hat. Und jetzt auf einmal wird die Verwirklichung des Sozialismus um so rascher erreicht, je ungestörter die kapitalistische Produktion sich entwickelt. Diese Ausrufung der unabhängigen Schaukelpolitiker werden wir uns aufbewahren und dann präsentieren, wenn wieder von Grundgesetztreue und Prinzipienfestigkeit die Rede ist oder von Demagogie und politischer Verleumdung.

Verbandstag der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter.

Auch auf dem Verbandstage dieser Organisation, der gegenwärtig in Frankfurt am Main tagt, wurde die Taktik der Verbandsleitung von der unabhängigen-parasitären Opposition heftig und rücksichtslos in der bekannnten Weise angegriffen. Der Verbandsvorsitzende Bucher schenkte aber diesen Kritikern nichts. Er legte besonders die oppositionellen Machenschaften in Berlin dar, wo man einen Kollegen trotz 22-jähriger treuer Mitgliedschaft ausschloß, weil er mit der Mitgliedschaft der „Radikalen“ nicht einverstanden war. In namenhafter Abstimmung lehnte der Verbandstag mit 69 gegen 29 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen die Verbandsleitung am 15. Juli ab und sprach ihr durch folgende Resolution das Vertrauen aus:

„Der 7. ordentliche Verbandstag der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands erkeime die während der letzten Verbandsperiode ausgeübte Tätigkeit der leitenden Personen im Verbandsvorstand an und spricht ihnen volles Vertrauen aus.“

Sodann wurde mit übergroßer Mehrheit eine Entschliebung angenommen, die sich mit der Gründung des „Graphischen Bundes“, dessen Satzungen und seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden erklärt. Dieser bilde die Grundlage zur Schaffung eines „Graphischen Industrieverbandes“.

Ausland.

Das sterbende Wien.

Wien nimmt jede Woche um fast hundert Einwohner ab. Der Tod wüthet berart in der Stadt, daß die Neugeborenen die Hinterbliebenen nicht mehr zu ersehen vermögen. Die statistische Abteilung des Wiener Magistrats veröffentlicht allmählich einen Bericht über die Bevölkerungsbewegung in Wien, der im In- und Ausland nicht die entsprechende Beachtung findet. Das wäre aber um so dringender notwendig, weil diese amtlichen Zahlen eine geradezu grauenvolle Sprache sprechen. Seit der Vorkriegszeit hat Wien 200 000 Einwohner verloren, worin sich die entsetzliche sechsjährige Hungerrunde ausdrückt. Dieser Aussterbeprozess ist aber noch keineswegs beendet, ja, er verschärft sich noch zusehends. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß es in Wien Zehntausende von Menschen gibt, die einfach in ihren Behausungen liegen und dort still und unauffällig verhungern. Die 26. Berichtswache, welche die Zeit vom 20. bis 26. Juni umfaßt, verzeichnet 494 Lebendgeborene, denen 531 Todesfälle gegenüberstehen. In der Zeit vom 13. bis 19. Juni sind 496 Kinder geboren worden, aber 587 Menschen gestorben, vom 6. bis 12. Juni waren es 512 Neugeborene und 574 Gestorbene. Woche für Woche nimmt also die Bevölkerung Wiens, von der Abwanderung ganz abgesehen, um 60 bis 100 Personen ab.

Das Furchtbare dieser Zahlen erfährt man erst, wenn man einen Vergleich mit anderen Städten zieht. Vom 30. Mai bis 6. Juni sind in Berlin 665 Kinder auf die Welt gekommen und nur 445 Personen haben das Dasein beendet. Hamburg verzeichnet 505 Geburten und 223 Sterbefälle. In Leipzig ist der Zuwachs 287 und der Abgang 194; Dresden hatte 259 Geborene gegen 117 Tote. Dies also in einem Reiche, das gleichfalls unter den Folgen des Krieges außerordentlich zu leiden hat. Die Daten von London sind natürlich viel günstiger. Dort stehen in einer Woche 1452 Lebendgeborenen bloß 886 Todesfälle gegenüber.

Aus Blut-Ungarn.

Der gegenwärtig in Budapest stattfindende Strafprozess gegen die inhaft befindlichen Volkskommisare hat, wie uns gemeldet wird, bereits ein Todesopfer gefordert. Der Verteidiger des Angeklagten Banus, Dr. Stefan Szanto, ist am Dienstag abend, unmittelbar nach der Verhandlung, in mysteriöser Weise ums Leben gekommen. Jeder die Einzelheiten des tragischen Todes ist bisher nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Doch steht fest, daß Dr. Szanto, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, wie alle übrigen Verteidiger, mit Drohbrieffen überhäuft wurde. Wenn die Verteidiger in der Verhandlung es wagten, etwas zugunsten der Angeklagten vorzubringen oder Fragen an sie zu stellen, erhoben sich wüste Drohrufe aus dem mit Brachialoffizieren besetzten Zuschauerraum, ohne daß der Vorsitzende dagegen einschritt. Der Anklagevertreter konnte sich gestatten, Dr. Szanto am Tage vor seiner Ermordung mit den wüthendsten Beschuldigungen zu überhäufen, während vom Vorsitzenden Szanto das Wort abgeschnitten wurde, als er zu entgegengesetzten versuchte. Auch in der Presse waren die Verteidiger Gegenstand der maßlosigsten Hege. An demselben Tage, an dem Dr. Szanto starb, erschien in dem Organ der christlich-nationalen Vereinigung ein Artikel gegen die Verteidiger, der mit der Drohung schloß:

„Nach der heutigen Ouvertüre werden wir die weitere Rolle der Verteidiger mit gesteigerter Aufmerksamkeit verfolgen, da die Verteidiger, wie es scheint, nicht so sehr an der Erforschung der Wahrheit mitwirken, als vielmehr nach außen Stimmung machen wollen.“

Die „gesteigerte Aufmerksamkeit“ hat bei einem der Verteidiger nun bereits tödlichen Erfolg gehabt. Diese Bluttat ist eine neue Mahnung an die Arbeiterklasse, den Sozialist-Horch-Ungarn mit aller Schärfe fortzusetzen.

Wie stellen wir uns zur Verfassung?

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Fertigstellung der Verfassung. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Verfassung eine Schicksalsfrage für den Freistaat bedeutet. Die Mitarbeit unserer Genossen sowohl im vorbereitenden Verfassungsausschuß, als auch in dem von ihm gebildeten Verfassungsausschuß, sowie die Arbeit unserer Abgeordneten der Verfassunggebenden Versammlung in dem Ausschusse für die Verfassung dürften zur Genüge bewiesen haben, daß wir bei der Mitarbeit uns im Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit befunden haben, daß wir den ersten Willen hatten und noch haben, eine den allgemeinen Ansprüchen entgegenkommende Verfassung zu schaffen, und daß wir bemüht sind, am Schlusse der Arbeit diese Verfassung anzunehmen zu können. In erster Reihe leitet uns dabei der Gedanke, den Willen unserer Wähler in der Verfassung zu verwirklichen, und dazu gehört vorweg die Bewahrung der vollen Souveränität des jungen Freistaates. Um so unerwünschter ist es, daß, obwohl unsere Absichten unmöglich unverständlich oder mißverständlich geblieben sein können, die bürgerlichen Parteien ausnahmslos, d. h. von den Deutschnationalen beginnend bis einschließlich der Demokraten, einen bürgerlichen Block gebildet haben, um unsere Freiheitskämpfe, zum Teil nur rein demokratischen Bestrebungen zu durchkreuzen. Wenn wir uns den jetzt vorliegenden Verfassungsentwurf genau ansehen und daraufhin prüfen, ob wir ihm zustimmen könnten, dann wird unsere Antwort, wie ich glaube bestimmt behaupten zu können, ein klares Nein sein. Ob die bürgerlichen Parteien oder wenigstens ein Teil derselben, Gewicht darauf legen, daß die Verfassung auch unsere Zustimmung finde, ist mir unbekannt, kann aber keinesfalls für unsere Haltung irgend wie mitbestimmend sein. Wir haben uns in den Verhandlungen, insbesondere in den letzten Verhandlungen, oft schweren Herzens zu den weitgehendsten Konzessionen entschlossen und das durch unsere Anträge und Ausführungen dazu klar und unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Wenn man, ohne faktisch unfug zu sein, hier in breiterer Öffentlichkeit noch in letzter Stunde von Mindestforderungen spricht, so kann das nur ein Beweis dafür sein, wie ernst wir die Arbeit an der Verfassung nehmen und den Wunsch haben, dem Gesamtwerk zustimmen zu können.

Die Senatorenfrage ist von uns wiederholt klar behandelt worden, so daß man unsere Wünsche kennt. Man muß es verstehen können, daß sämtliche Senatoren vom Vertrauen des Volkstages abhängig sein müssen. Unter keinen Umständen dürfen und werden wir zustimmen, daß nur die sogenannten nebenamtlichen Senatoren aus den politischen Parteien vom Vertrauen des Volkstages abhängig sind, d. h. die Prügelknaben für die Regierung bilden sollen. Wer sich von den bürgerlichen Parteien dazu selbst erniedrigen will, der mag es tun. Wir lehnen eine solche Verfassung ab.

Bezüglich der Schulfrage kann und darf nicht zugestimmt werden, daß außer den schon bestehenden Konfessionsschulen zusätzlich die Bildung neuer Konfessionsschulen verfassungsmäßig ermöglicht werde. Eine solche Verfassung können wir vor unseren Wählern nicht rechtfertigen. Aber auch die demokratisch gefürten Teile der Bevölkerung des Freistaates, und das dürfte die überwiegende Mehrheit sein, würde eine derartige Verfassung nicht verstehen. Wir haben Demokraten, d. h. Mitglieder der hiesigen demokratischen Partei, die ich durchaus ernst nehmen muß, mitgeteilt, daß sie die Haltung ihrer Fraktion ebenfalls nicht verstanden. Auch beim Zen-

trum scheint dieser Teil der Verfassung lediglich agitatorischen Zweck zu haben.

Die Wahlprüfung durch ein Gericht oder eine andere Instanz außerhalb des Volkstages lehnen wir als unzulässig ab. Das Recht der Wahlprüfung ist nach unserer Auffassung nur sicher gewährleistet, wenn die Abgeordneten sie selbst vornehmen. Ein schlechteres Beweisstück als den Hinweis auf die Eintagsfliege in Strakburg i. O. können die bürgerlichen Parteien wirklich nicht finden. Gerade diese Ausnahme ist der beste Beweis für die Berechtigung unserer Forderung, von der wir nicht ablassen dürfen.

In der zweiten Lesung ist die Frage des Besatzungsstatus allerdings nicht wieder aufgenommen worden. Der bürgerliche Block muß uns aber schon das Recht des Verdachtes einräumen, daß wir die Wiederaufnahme dieser unsinnigen und unwürdigen Forderung nicht für ausgeschlossen halten. Sie ist nur aus dem schlechten Gewissen des Bürgerblocks bei seiner Verfassungsarbeit erklärbar und auch nur so erklärlich. Die Vorgänge der letzten Monate, insbesondere der Streik der Oberkommissars und seine Aufhebung aus Anlaß des Beamtenstreiks, zeigen, wie wenig ernsthaft wir derartige Drohungen nehmen. Wer den Generalstreik möglichst vermeiden will, der erkläre die Forderung des Besatzungsstatus als Verfassungsteil schleunigst und ausdrücklich für begraben.

Unsere Forderung auf Abschaffung der Todesstrafe werden wir nach wie vor wiederholen und an ihr festhalten. Unsere Beweggründe sind den Mitgliedern des Verfassungsausschusses hinreichend bekannt, so daß wir uns die Wiederholung hier ersparen können. Die bürgerlichen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Deutschnationalen, sollten ihre Stellung zu diesem Verfassungspunkte ohne große Schwierigkeiten revidieren können und uns dadurch die Annahme der Verfassung erleichtern.

Unsere abgelehnte Forderung auf verfassungsmäßige Festlegung der Untersuchungskommissionen wird selbstverständlich wiederholt werden und für unsere Stellung zur Annahme der Verfassung mitbestimmend sein. Warum die bürgerlichen Parteien sich sträuben, für den Freistaat Danzig diese Forderung zuzugestehen, die in der Reichsverfassung mit Hilfe der bürgerlichen Parteien Aufnahme gefunden hat, ist nur so erklärlich, daß es sich um eine Konzession gegenüber den Deutschnationalen handelt. Wer wegen dieser Frage die Mitarbeit der Sozialdemokraten am Zustandekommen der Verfassung ausschließen will, der wird einen schweren Stand haben, sich vor dem Volksgewissen zu rechtfertigen. Auch in dieser Frage ist unsere Begründung so oft wiederholt worden, daß wir uns hier den Platz für eine weitere Wiederholung sparen können.

Als eine besonders wichtige Forderung bestehen wir auf Annahme der Betriebsräte. Das Gruseln, das sich hinter der schamhaften Veränderung der „Betriebsräte“ in „Betriebsausschüsse“ versteckt, können wir zwar verstehen, aber nicht billigen. Eine Verfassung, in der unsere Forderung der Betriebsräte, wie sie aus allen Vorverhandlungen bekannt sind, nicht verankert ist, wie nun einmal dieses schöne Wort heißt, ist für uns unannehmbar. Die Angst vor dem Einblick des Herrn Betriebsrats in die Bilanz und alle die anderen schönen Dinge, an die der sich demokratisch gebärdende Block der bürgerlichen Parteien noch immer nicht gewöhnen kann, zeigen das mangelhafte Verständnis der Kapitalhüter für die Forderungen der Jetztzeit. Sie werden aber nun schon einmal früher oder später in den sauren Apfel beißen müssen. Wenn sie es schon jetzt tun, dann

sichern sie sich unsere Zustimmung zur Verfassung, andernfalls lehnen wir sie glatt ab.

Zum Schlusse wiederholen wir die Forderung von 120 Abgeordneten als Hauptforderung zur Verfassung. Bei jeder geringeren Zahl, auch schon bei der Jubilierung von etwa 100 Abgeordneten, wird es den sozialistischen Parteien unmöglich gemacht, zum mindesten aber unmöglich erschwert, in der gelehrenden Körperschaft sich hinreichend vertreten zu lassen. Die immer wieder aufgetauchte Ersparnisrechnung ist durchaus falsch. Je kleiner der Volkstag ist, um so mehr wird es nur Beamten möglich sein, Abgeordnete zu werden, abgesehen natürlich von den Vertretern, deren Wähler kapitalkräftig sind. Die Beamten aber müssen wieder kostspielige Vertreter für ihre Dienststellen haben. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, wir sind an die Grenze des Neuesten gegangen, als wir 120 Abgeordnete errechnet und verlangt haben. Jede Streichung von Abgeordneten bedeutet einen Angriff auf das Recht unserer Wähler, sich vertreten zu lassen. Unter keinen Umständen dürfen und werden unsere Abgeordneten einer Verfassung zustimmen, die nicht an der Zahl von 120 Abgeordneten festhält.

Ich hoffe noch in letzter Stunde auf die Möglichkeiten hingewiesen zu haben, unsere Mitarbeit am Zustandekommen der Danziger Verfassung zu sichern. Wir werden nicht, wie es von anderer Seite geschieht ist, damit drohen, daß wir lieber ein englisches Diktat hinnehmen, als zu versuchen, in der Verfassung das möglichste für die Interessen des Freistaates und seiner Bevölkerung herauszuholen. Wenn wir aber durch die Starrköpfigkeit des Bürgerblocks gezwungen werden, die Verfassung zum Schluß abzulehnen, dann mag der Bürgerblock es verantworten und die Folgen auf sich nehmen. Wir wissen aus der Verfassung des Deutschen Reiches und den Verhandlungen dazu, daß wir nichts Unmögliches verlangen, wir wissen aber auch, was wir uns, unseren Wählern und dem Gesamtwohl schuldig sind.

Abgeordneter Otto Woell.

Danziger Nachrichten.

Feierabend in der Wasse.

Der Abend verblühte herrlich. Es war näher der Nacht, als dem Tage. Die Stroben lagen still. Nur ein starkes Lüftchen hauchte in ihnen. Vom Lärm und Schweiß der Werkstunden war das letzte verblüht. Langst hatten die Geschäfte geschlossen. Ein paar alte Leute hatten noch vor den Haustüren. Schwindel wandten auch sie sich dem Hausinnern zu. Nur die Jugend dachte noch an kein Spannen. Richtig standen die hellgekleideten jungen Mädchen in kleinen Gruppen zusammen. Und die vorüber flanzierenden Barschen, denen die ledernen Worte ziemlich leise auf den Rippen saßen, gaben keine Ruhe. Die frische Luft umschmeigt die jungen Körper mit einer wohligen Wärme. Und der Duft des gerade sich erschließenden Jasmin umschmeilt die Stützen.

Im Arbeiterviertel war es. Dort wo die hohen Mietkasernen nur selten einem Baum oder einem Strauch Platz geben. Im so frischer wirkte dafür die grüne Laubkrone, aus deren dichten Nadeltergezeit hinaus ein leises Gezirp schlafender Vögel drang. Wo sich ein Kran die Straßenseite klappte, da schauten die grünen Hauswände weniger misstrauisch drein, da lugten die Fenster auf etwas Freundliches hinunter, daß die Straße gar nicht so kalt und eisdünn sein ließ. Tagüber sangen und sprangen die Pflücker um die braunen Stämme. Ein paar ganz Verwegene kletterten wohl auch gar in das grünbelüftete Zweigewirr hinauf. Dann aber ruhete

Renate.

1) Novelle von Theodor Storm.

In einiger Entfernung von meiner Vaterstadt, doch so, daß es für Ausfahrten dahin nicht zu weit ist, liegt das Dorf Schwabstedt, welcher Name nach einigen Chronisten soviel heißen soll als: Zwanzigste, d. i. lieblicher Ort.

Hoch oberhalb des weiten, missernischen Treenetales, durch das sich der Fluß in schönen Krümmungen windet, lieh der alte Kirchspießberg, dessen Wert bis zu der neuesten, alle Traditionen aufhebenden Zeit immer Peter Behrens hieß, und wo „Mutter Behrens“, je nach den Geschlechtern eine andere, aber immer eine Jäwber, sei es junge oder alte Frau, als eine wahre Mutter für die Leibesoldner ihrer Gasse sorgte.

Die lange Lindenlaube mit dem „schlohweiß“ gedeckten Raffentisch darunter, die steile granitene Treppe, die unter den alten Silberpappeln zum Fluß hinaufführte, die Kahnfahrten zwischen den schimmenden Leuchtschiffen, diese Dinge werden bei vielen älteren Leuten ein hübsches Abbild ihres Jugendparadieses bilden.

Und Schwabstedt bot noch anderes für die jugendliche Phantasie; denn Sage und halberlöschene Geschichte flecten ihren duftlichen Ufen um diesen Ort. Freilich wenn man sichtbare Spuren aufsuchen wollte, so mußte man gelangsam sein: wo einst oben dem Dorfe ein Felsen der gefürchteten Vorkriegsbrüder gemessen sein sollte, sah man jetzt nur aus dem Felsklotz eine Schicht ins Fels hinein; von dem jetzt hohen Felsen der jähelwichtigen Bische, das sich einst oberhalb des Flußes hart am Dorfe erhob, war nichts mehr übrig als die Vertiefungen der Burggräben und farge Mauerreste, die hier und da aus dem Felsen hervorstachen; wenn man nicht etwa die Zähne von Wuschweinen hinzurechnen will, deren wir Kraber einmal eine Menge unter der Grasnarbe herbormwühlten, so sah wir das Zeugnis des großen Wild- und Waldreichthums, der einst hier geherrschet haben sollte, leibhaftig in den Händen halten.

Aber mehr noch als durch diese Certlichkeiten wurde meine Neugier durch ein sichtlich dem Verfall preisgegebenes Geshäft erregt, das seitwärts von der Bischehöhe lag, fast verstreut unter unruhen hohen Fichtenbäumen. Das Haus, das schon durch seine zwei Stodwerke sich von den übrigen Bauernhäusern unterschied, gewann allmählich eine geheimnisvolle Anziehungskraft für mich, aber die Flediger der Jugend hinderte mich, näher heranzugehen. Ich machte schon ein hochaufgeschwobener Junge sein, als ich dieses Magd ausfährie; ich ersah mich dessen noch mit allen Umständen,

Während ich ädgernd auf der einsamen Hofstätte umherging und bald auf die blinde Fenster des Hauses blickte, bald hinauf in das Gezweig der alten Bäume, wo ein paar Eikern aus ihrem Neste schrien, kam ein altes Weib nun die Gasse, das von dem herabfallenden Astholz in seine Schürze sammelte. Als ich ihm unter den großen Strohhut guckte, erkannte ich das braune, scharfe Gesicht der allbekanntesten „Mutter Pottfack“, die je nach der Jahreszeit mit Maililien und Waldmeißerkränzen oder Käffen und Wochküssen in der Stadt hauseren ging.

„Mutter Pottfack!“ rief ich. „Wohnt Sie hier in dem Hause?“ „Je, junge Herr“, erwiderte in ihrem Platt die Alte; „ich hol de Kräm hier man wat uprecht!“

Auf weitere Fragen erfuhr ich, daß einst ein großes Bauerngut bei diesem Hause gewesen, daß aber schon vor hundert Jahren das Land davongekommen sei und in nächster Zeit auch der Hof — denn so werde das Haus noch, jetzt genannt — auf Abbruch verkauft und die Bäume n'edergeschlagen werden sollten.

Wich dauerten die armen Eikern, die droben so wüßsam sich ihr Nest gebaut hatten; kam aber fragte ich: „Und vor hundert Jahren, wer hat denn damals hier gewohnt?“

„Dotomal!“ rief die Alte und stemmte die freie Hand an ihre Seite. „Dotomal häit de Herr hier wohnt!“

„De Herr?“ wiederholte ich. „Hat's denn Herr hier bei Euch gegeben?“

Die Alte winkle mit der Hand, „Oha! hat de Herr dat man betämen!“ wosmit sie sagen wollte, ich solle das nur schatz angehen lassen, es sei damit auch heute noch nicht geschehen.

Als ich fragte, ob jene Herr denn verbrannt sei, „Hältte, he heftig ihren alten Kopf. „Oha, oha!“ rief sie wieder, „es gab bean zu verrecken, der Amtmann und der Landvogt hätten nur nicht heran wollen; denn — na, ich verstände wohl — —; und nun machte sie unzer bedarfsamen Kopfnicken die Gebärde des Gedächtnisses. Die Zerhädung des Gutes sei nämlich erst nach dem Tode der Herr vor sich gegangen, sie selber habe noch ihre Wirtschaft streng betrieben und sei eine gewaltige Bäuerin gewesen.

Was diese Herr denn aber eigentlich gehezt habe, davon schien Mutter Pottfack nichts zu wissen. „Däpelsmarkt Herr!“ sagte sie. „Wat so'n Schlag hebrivil!“ Soviele jedoch sei sicher: Sonntag, wenn andere Christenmenschen in der Kirche gesessen hätten, um Gottes Wort zu hören, dann habe sie sich auf ein Pferd gesetzt und sei nach Norden zu in Feide und Moor hinaus geritten; was sie dort betrieben habe, davon sei wohl über-Nachricht einguholen. Wüßlich aber habe dieses aufgehört, und seitdem habe sie Sonntag

großes, düstere Zimmer nicht mehr verlassen; noch Mutter Pottfack, sachlich Urgrüßmutter habe das blaße Gesicht mit den großen, brennenden Augen hinter den kleinen Fensterstücken sitzen sehen.

„Mehr vermochte ich von der Alten nicht herauszubringen.“ „Und was das Pferd, worauf sie ritt, denn schwarz?“ fragte ich endlich, um mein schnell geschaffenes Phantasiebild doch in etwas zu vervollständigen.

„Schwarz!“ schrie Mutter Pottfack, wie entrückt über eine so übersflüssige Frage. „Gulderzwertil! Da mag der Herr wull lüwen (glauben)!“

Noch lange mußte ich an die Schwabstedter Herr denken; auch tat ich, nach verschiedenen Seiten hin noch manche Fragen nach ihrem näheren Geschick; allein was Mutter Pottfack nicht erzählt hatte, das konnten auch andere nicht erzählen. Wir ahnte freilich nicht, daß ich die Antwort in nächster Nähe, daß ich sie auf dem Boden meines elterlichen Hauses hätte suchen sollen.

Diele Jahre nachher, da ich diese Dinge langst vergessene hatte, sah ich vor einer dort beschliffenen Schotulle aus meines Bräutigams Haus und freute in ihren Schwestern noch Bräutigamsbrüder an meine Großmutter. Bei dem Gehen fiel mir ein Heft in augenscheinlich noch viel älterer Schrift in die Hände, das ich, nachdem später noch ein Bemühen zu erwidern, fand hinzugekommen, nunmehr in nachstehendem mitteile.

In der Schreib- und Vortragweise habe ich so viel geändert, als zur lebendigeren Darstellung des Inhalts nötig erschien; an einigen Stellen für manche Besser kaum genug; an dem Inhalte selbst ist nicht von mir gerührt worden.

Und somit möge der Schreiber jenes allen Aufzuges selbst den Wort nehmen.

1700. Um diese Zeit war mein lieber nun in Gott ruhender Vater Kapellan oder Diaconus im Dorfe Schwaben, also er seine bürstigen Einkünfte, als mehrertheils an Mutter, Korn und Fleisch, den Haus zu Haus einammeln und überdies zu seinem Predigtamt auch noch die Schule halten mußte. Da aber meine lieben Eltern sich alles an ihrem Munde absparten und andererseits wüßgelinnte Leute mir mittags einen Platz an ihrem Tische gönneten, so kam ich auf die lateinische Schule zu Gulum, welcher derzeit der treffliche Nikolaus Rudof als Rektor vorstand, und hatte bei einer frommen Schwabenwitwen mein Quartier. War auch mit Gottes Hilfe schon in die Sekunda aufgerückt, als mir eine Leibesgefahr widerfuhr, welche gar leicht allen Studien eine plötzliche Endschafft hätte bereiten können. (Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Wieder eine unabhängige Versammlungs- sprengung.

Als nach der Parteispaltung die Unabhängigen in der letzten Zeit des Krieges dazu übergingen, die von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Versammlungen durch unabhängige Dauerredner zu führen oder durch Redaktionen von halbunabhängigen Schreibern zu sprengen, entschuldigten die Unabhängigen dies Gebahren damit, daß ihnen durch den Kriegszustand eine eigene Versammlungstätigkeit unmöglich gemacht werde. Seit annähernd zwei Jahren ist der Kriegszustand beendet, und heute herrscht in Deutschland die größtmögliche Versammlungsfreiheit. Speziell in Danzig haben die Unabhängigen die Möglichkeit, in eigenen Versammlungen für ihre Ziele Propaganda zu machen. Eine ruhige Aufklärungsversammlung genügt ihren Anhängern jedoch nicht, die in Versammlungen Reden und Kummeln haben wollen. Da die Kommunisten nicht in jeder unabhängigen Versammlung ihren Brüdern die revolutionäre Wahrheit sagen, sorgen die unabhängigen Parteiführer auf andere Weise für genügende revolutionäre Klaraufklärung ihrer Anhänger. Während des letzten Wahlkampfes haben wir es besonders häufig erlebt, daß die Unabhängigen durch die widerlichsten Kummelungen unsere Versammlungen zu sprengen suchten.

Mittwoch abend haben sie dasselbe Ständgebahren wieder in einer Versammlung verübt, die von unserer Partei in der H. e. u. b. u. d. e. einberufen war. Genosse Leu sollte über die „Verfälschung der Verfassung und die Lebensmittelerhöhung“ referieren. Vor Beginn der Versammlung kam der Unabhängige Abg. Schmidt mit einer größeren Kolonne in den Saal. Er wollte sich dem Genossen Leu jedoch als Wiederholer geben und erklärte diesem, daß sie keine hohen Absichten hätten, sondern nur die Versammlung besuchen wollten, weil in derselben dasselbe Thema behandelt werden sollte, wie in ihrer Mitgliederversammlung, die sie aus diesem Grunde geschlossen hätten. Genosse Leu führte dann in einleitender Rede aus, wie der Verfassungsentwurf durch die bürgerlichen Parteien im Ausschuss verhandelt worden sei. Er erläuterte die wirtschaftliche und soziale Notlage der arbeitenden Klassen im Freistaat und wies dabei auf die steigende Lebensmittelerhöhung hin. Gegenüber der politischen Entrechtung mühten sich die Arbeiter mehr wie bisher wehren und geschlossen für unsere Partei eintreten. Den durchaus sachlichen Ausführungen des Referenten wurde reichlicher Beifall der Versammlung zuteil.

Dann folgte die unabhängige Sprengarbeit ein. Abg. Schmidt mißbrauchte die von uns gewährte freie Aussprache, indem er eine zweiseitige Hebräer gegen unsere Partei vom Stapel ließ. Zum Thema selbst wußte er nicht viel zu sagen, dafür böllte er um so mehr die Genossen Bartel und Klopowski an. Auf die Ausführungen dieses offenbar fränkischen Fanatikers näher einzugehen, siehe dem Mann zu viel Ehre an. Der Mann, der auf solche Weise mit den politisch unanständigen Mitteln kämpfte, wagte es, den Genossen Leu des Demagogentums zu bezichtigen. Der Unabhängige Weib glaubte, seinen Meister Schmidt noch übertrumpfen zu müssen und beschuldigte den Genossen Leu der Geschäftspolitik. Unsere Genossen Behnam und Wolf beleuchteten die Phrasen des unabhängigen Dauerredners etwas näher, der darauf die Dreißigzeit besah, noch einmal das Wort für sich zu verlangen. Bei den Worten des Genossen Wolf — es war mittlerweile 11 Uhr geworden, und viele unserer Genossen waren nach Hause gegangen — erhoben sich die unabhängigen „Revolutionäre“, die größtenteils aus unerfahrenen Burken bestanden, Iremien und Mandalierten, sobald die Versammlung nicht zu Ende geführt werden konnte. Herr Schmidt sah diesem Treiben seiner Anhänger ruhig zu. Nachdem sich diese eine Weile ausgetobt hatten, verließ Schmidt mit ihnen das Lokal.

Das ist die unabhängige Aufklärung in Reinkultur. Unsere Genossen sollten sich jedoch dieses Redautum nicht länger gefallen lassen. Unsere Versammlungen sind dazu da, um für Demokratie und Sozialismus Anhänger zu gewinnen, nicht aber, um unabhängigen Redauten die Möglichkeit zu geben, sich auszutoben. Die Unabhängigen haben zur Genüge gezeigt, daß sie die Versammlungs- und Redefreiheit mißbrauchen.

Gegen diesen unabhängigen Versammlungsterror können sich unsere Genossen nur dadurch schützen, daß sie von vornherein von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und für die Aussprache eine begrenzte Redezeit festsetzen. Niemals mehr dürfen unsere Versammlungen Proberestarten für unabhängige Diktatur werden.

Der Mangel an Kartoffeln

ist noch immer nicht behoben. Die Landwirte bringen nach Herabsetzung des Höchstpreises von 60 auf 55 Pfg. auch jetzt noch keine Kartoffeln auf den Markt. Das ist um so teurer, als die Kartoffeln in Elbing zu 30 Pfg. für das Pfund verkauft werden. Das Wirtschaftsausschuss hat mit dieser Boykottierung der städtischen Verbraucher durch die Agrarier gerechnet und sich deshalb bemüht, aus Polen Frühkartoffeln als Ersatz zu bekommen. Der entsprechende Vertrag hat jedoch erst vor einer Woche abgeschlossen werden können. Das polnische Erzeugnis kommt in diesen Tagen in Danzig an.

Gestern früh zogen schon zahlreiche Frauen, des ewigen erfolglosen Wartens müde, zum Rathaus, um dort Kartoffeln zu fordern. Man wies sie zum Bahnhofs Lager, wo zwei Waggon Kartoffeln angelandert waren, die sofort zur Verteilung kommen konnten. Das war selbstverständlich eine völlig ungenügende Hilfe. Heute vormittag kam es daher wieder zu einem Demonstrationszug enttäuschter Kartoffelfrauerinnen. Etwa 300 Frauen zogen nach dem Wirtschaftsausschuss und verlangten, daß ihnen Kartoffeln gegeben würden. In so großes Bedauern hat sich auch das Amt befunden, so konnte es doch diesen Frauen Stellen anweisen, wo sie Kartoffeln bekommen konnten.

Die Kartoffelbesitzer, die diesen Zustand verursacht haben und ihn ausbreiten erhalten, spielen ein überaus gewagtes Spiel. Sie nähren nur ihrem eigenen Interesse, wenn sie ihr Verhalten ändern und unserer Bevölkerung die Kartoffeln nicht länger vorenthalten.

Herabsetzung der Preise für Schlachtvögel.

Das städtische Wirtschaftsausschuss schreibt uns: Der Fleischpreis für den Bezirk der künftigen Freien Stadt Danzig beruht am Mittwoch über den Antrag der Fleischhändler des Wirtschaftsausschusses, die Preise für Schlachtvögel, die zurzeit in Klasse A 1 400 Mark, Klasse B 360 Mark, C 340 Mark, D 240 Mark betragen, um je 50 Mark herabzusetzen. Die letzte Erhöhung der Vögelpreise erfolgte im Anschluß an das Deutsche Reich. Kurz darauf wurde das Angebot von Schlachtvögeln, so stark, daß die Schlachthöfeverwaltungen gar nicht imstande waren, es abzunehmen. Dieses Überangebot wird von den einen auf vorübergehende Zurückhaltung des Viehs, von den anderen auf den Herdabzug zurückgeführt, daß vor 4 Wochen 2.000 Weibchen abgetrieben wurden, die zum großen Teil abge-

grast sind und die Weidemaß beendete ist. Wie dem auch sein mag, es liegt kein Grund vor, von dem großen Angebot den Verbraucher keinen Nutzen ziehen zu lassen. Daher entschied sich der Ausschuss in seiner Mehrheit für die Herabsetzung der Preise nach dem Antrage der Verwaltung. Von nächsten Woche ab betragen also die Preise für Schlachtvögel in Klasse A 1 350 Mark, in Klasse B 310 Mark, in Klasse C 290 Mark, in Klasse D 190 Mark. Auf die Herabsetzung der Viehpreise wird demnächst nach Beschlußfassung durch die kommunalen Preisprüfstellen die Herabsetzung des Preises für Rindfleisch um etwa 1 Mark für das Pfund erfolgen.

Die „Freiheit des Handels“ der Erzeuger und Händler wird nach der Herabsetzung der Viehpreise schon dafür sorgen, daß die Verbraucher kein billigeres Fleisch zu leben bekommen.

Übermäßiger Gewinn beim Viehhandel. Der Eigentümer Friedrich Janowski in Langfuhr kaufte bei der Auflösung der Munitionsanstalt in Kotschen dort eine Kuh für 1600 Mark und verkaufte sie weiter für 3000 Mark. Wegen übermäßiger Preissteigerung, hatte er sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht erkannte dahin, daß 25 Prozent Gewinn ausreichend gewesen wären. Das Urteil lautete auf 500 Mark Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns von 1000 Mark.

Die Tätigkeit der Danziger Sicherheitspolizei. Auf Reisen der Sicherheitspolizei wird geschrieben: In der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juli bezeichnete der Abg. Kahn die Danziger Sicherheitspolizei als „eine demokratisierende Einrichtung“. Die „moralisierende“ Tätigkeit der Danziger Sicherheitspolizei gestaltet, geht daraus hervor, daß sie in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 folgende Vergehen zur Anzeige gebracht hat: Einfache Diebstähle 1289, Einbruchdiebstähle 10, Holzdiebstähle 22, Feld- und Viehdiebstahl 23, Beamtenbeleidigung am Widerstand 61, Körperverletzung 12, ruhestörender Rärm, Trunksucht 6, Übertretung der Polizeistunde 4, Übertretung von Polizeiverordnungen 6, Hausfriedensbruch 3.

Hierzu kommen noch folgende Maßnahmen: Verhaftungen 14, persönliche Feststellungen 26, Beschlagnahme von Waffen 33, andere Beschlagnahmungen 28, Fundanzeigen 27, Sonstiges 74.

Verletzung eines Kindes. Gestern mittag gegen 1 Uhr ereignete sich in der Postengasse in Stadtgebiet ein überaus bedauerlicher Unglücksfall. Dort stand ein Fuhrwerk der Speditionfirma Schuler und Fuhrmann aus Langfuhr, von dem der Kutscher etwas abtrat. Als ein Zug vorbeifuhr, erschreckte das Pferd, zog an und fuhr in eine Schar spielender Kinder. Ein dreijähriger Knabe wurde so überfahren, daß er Verwundungen erlitt. Er wurde zunächst in ein benachbartes Haus und dann in die Wohnung seiner Eltern gebracht. Ein anderes Kind konnte unversehrt unter dem Pferde hervorgezogen werden.

Motorrad Diebstahl. Die Danziger Arbeitslosen Drewnski, Topf, Gnebba, Wolff, Sonnabend und Rnie standen vor der Strafkammer unter der Anklage des Einbruchdiebstahls und der Diebstehle. Drewnski brach bei einem hiesigen Kaufmann ein und stahl einen Motor. Darauf wurde er fahner und unternahm mit Topf und Gnebba einen zweiten Einbruch bei der Straßenbahn. Hier wurde ein achtzylinderiger Motor gestohlen. Wolff, Sonnabend und Rnie unterstützten die Diebe durch Gehelei, indem sie sich für den Verkauf bemühten. Die Strafkammer verurteilte Drewnski zu 1 Jahr, 6 Monaten Gefängnis, Topf zu 9 Monaten Gefängnis, Gnebba zu 1 Jahr Gefängnis, Wolff zu 5 Monaten Gefängnis, Sonnabend und Rnie zu je 3 Monaten Gefängnis.

Freiwillig den Tod gesucht. Mittwoch abend gegen 9 1/2 Uhr sprang ein älterer Herr, den die Augenzeugen über 70 Jahre schätzen, in Neufahrwasser in der Nähe der Fähre in den Ostsekanal. Er ging sofort unter. Der Körper ist bisher nicht gefunden worden. Der Lebensmüde war gut gefeiert.

Schon gewonnenes Pferd. Vorgestern nachmittag ging in der Hauptstraße ein Pferd mit einer Breal und 3 Insassen durch. Das Pferd war durch eine gelöste Deichselhälfte schon überfahren. Die Breal schweberte gegen einen stehenden Arbeiterwagen, wodurch der Kutscher hinausgeworfen wurde. Ein Oberbeamter der Sicherheitspolizei versuchte den in schneller Fahrt befindlichen Wagen aufzuhalten; der Wagen war jedoch schon zwischen zwei anderen Fuhrwerken festgefahren. Der Beamte wandte sich daraufhin dem Verletzten zu und brachte ihn in die Rekonstruktionskammer der Sicherheitspolizei, wo er einen Notverband erhielt. Der Wagen und das Pferd wurden von Beamten der Sicherheitspolizei in die Kaserne gebracht und vorläufig dort eingestellt. Der Besitzer des Wagens, Kaufmann G., hat den Verlust seiner fast neuen ledernen Kofferstange, enthaltend Geld, Schecks und Ausweise zu beklagen.

Funktionärs-Sitzung der „Arbeiter-Jugend“. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Weidenböschung-Untergasse 1/2, eine Sitzung sämtlicher Funktionäre des Vereins „Arbeiter-Jugend“ statt. Auch Mitglieder sind zur Teilnahme eingeladen.

Polizeibericht vom 23. Juli 1920. Festgenommen: 7 Personen, darunter 1 wegen Betrugs, 1 wegen Diebstahls, 3 in Polizeihaft — Befunden: 1 loser Papiergeldschein, 1 schwarze Geldtasche mit Geld, 2 Leinwandstücke, 2 Leinwandstücke und Stadtblatt, 1 Nickel-Uhrengehäuse, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums; 1 goldene Halskette mit Anhänger, abgehoben von Frä. Emma Lohle, Butzgrabenstraße 9 II.

Oertliche Parteinachrichten.

Der 4. Bezirk (Schidlich) hielt am Dienstag eine Parteiverammlung ab. Da Genosse Spill keinen Vortrag „Arbeiten im Volkstempel“ zu halten verhindert war, sprach Genosse Perkowski über die gegenwärtige Lage. Aus der sich ergebenden Lage Diskussion über Verwaltung, Steuer- und sonstige Fragen war zu werden, daß die Genossen an diesen Fragen regen Anteil nehmen und Aussprache dringend nötig erscheint. Über die Sympathie im Volkstempel soll an einem besonderen Abend der nächsten Woche referiert werden. Es erfolgte u. a. die Wahl zweier Untersekretäre und die Erörterung von Maßnahmen zur Bekämpfung der ungenügenden Zustellung der „Vollstimme“.

Wasserstandsnotizen am 23. Juli 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Jandholt	1,04	1,02	Kurzbrod	1,03	0,94
Marshan	1,17	1,12	Montarspöhe	0,65	0,55
Schönan	—	—	Niebel	0,49	0,40
Gulenberg	—	—	Düschow	0,68	0,63
Reinhardtshof	—	—	Eitelage	2,28	2,38
Thorn	0,64	0,59	Schleichenhörn	2,52	2,54
Gordon	0,55	0,45	Waldow	0,08	0,06
Gulm	0,48	0,34	Knawach	—	—
Gröbenz	0,61	0,52			

Genossen und Genossinnen!
Agitiert für Euer Blatt und
für die Parteiorganisation!

Volkswirtschaftliches.

Ermäßigung der Druckpapierpreise.

Den „P. P. R.“ wird geschrieben: Gegen die Preissteigerung von Druckpapier sind in der Presse Angriffe erhoben worden, denen gegenüber folgendes festzustellen ist:

Die Reichsstelle für Druckpapier legte in einer Bekanntmachung vom 28. Juni 1920 die Druckpapierpreise um 17,50 Mark je 100 Kilo herab. Der Preisermäßigung gingen eingehende Verhandlungen zwischen den Reichsstelle für Druckpapier angehörenden Verlegern und den Druckpapiererzeugern voraus. Man kam schließlich überein die Ausfuhr von Druckpapier vorübergehend im beschränkten Umfang zu gestatten und den dadurch erzielten Exportgewinn hauptsächlich zur Ermäßigung der Druckpapierpreise zu verwenden. Auf diese Weise kommen die geringen, dem heimischen Verbrauch entzogenen Mengen an Druckpapier mittelbar den Zeitungsverlegern wieder zugute, indem sie dazu beitragen, die Beschäftigungskosten der Zeitungen zu ermäßigen.

Letzte Nachrichten.

Wieder ein Zwischenfall in Berlin.

Berlin, 22. Juli. Heute vormittag kam es am Kaiserhof, Ecke Mauertstraße am Wilhelmplatz, zwischen drei französischen Soldaten und mehreren Zivilisten zu einer Prügelei. Nach den bisherigen Ermittlungen haben die Soldaten einen Beamten angestoßen. Ein Wortwechsel führte zu einer Prügelei, wobei der Beamte einige Kratzenwunden davontrug. Vor der inzwischen angewachsenen Menschenmenge flüchteten die Franzosen, nachdem einer von ihnen einen Schreckschuß abgefeuert hatte, in das Hotel Kaiserhof. Wie wir erfahren, ist der Vorfall nach einer Rücksprache mit dem französischen Kommandanten bereits beigelegt worden.

Östliche Absagen an England.

Amsterdam, 21. Juli. Der Unterstaatssekretär des Außenbüros, Harnsworth, antwortete auf Anfragen im Unterhaus: Die Regierungen von Finnland, Estland und Lettland hatten die Einladungen zur Teilnahme an der Friedenskonferenz in London abgelehnt. Die englische Regierung habe bisher mit General Bragan über Waffenstillstand keine Besprechungen gehabt. Die russische Regierung habe auf die Einladung geantwortet, da aber noch Verhandlungen im Gange seien, werde es nicht für wünschenswert erachtet, die Antwort von Moskau sofort zu veröffentlichen. Die englische Regierung beabsichtige, die ganze Korrespondenz über diese Frage sobald wie möglich bekanntzugeben.

Die „Avanti“-Druckerei zerstört!

Nationalistenzerstörung in Rom.

Rom, 21. Juli. (Stefani.) Manifestanten drängen in die Druckerei der römischen Ausgabe des „Avanti“ ein, zerstörten die Maschinen und schleppten die Zeitungsmaschinen nach einem benachbarten Platz, wo sie sie verbrannten. Den Zeitungsvorkäufern wurde der „Avanti“ entzogen und daraus unter Aufsicht der italienischen Polizei in den Straßen im Zentrum der Stadt Fackeln gemacht. — „Epoca“ berichtet, daß ein 24-jähriger Generalkonsul ausgereizt werden wird.

Preislenkung in Deutschland.

Ein in Heiligenstadt abgehaltener Eisenhändler Vortragsbeschuß, die Kartoffelpreise auf 22 Mk., die Eierpreise auf 1 Mk. herabzusetzen.

Der Abordnung der Dresdener Erwerbslosen, die in Berlin Beschwerde gegen die schlechte Lebensmittelversorgung Dresdens erhoben hat, wurde laut „Lokalana“ mitgeteilt, das eine Preislenkung bevorstehe. Die Reichsregierung hoffe, auf Grund der von der Estland zu liefernden Vorküsse die ausländischen Einfuhren von Lebensmitteln zu verbilligen und dadurch auch eine Senkung der inländischen Lebensmittelpreise herbeizuführen.

Brokate Ausschreitungen italienischer Offiziere.

Marxburg, 23. Juli. Ein Vortragsbeschuß hat gestern nachmittag in der Expedition der „Marxburger Zeitung“ abgehalten. Nachdem die Zeitung am Tage vorher des Verfalls einer hiesigen Beamtenkassette, die sich mit italienischen Offizieren in einer Nebengasse, in der der hintere Ausgang der Zeitungsexpedition liegt, Revue gab, geteilt, erschienen gestern nachmittag mehrere italienische Offiziere mit Hund und Reitpferden. Der Verleger wurde aufgefordert, die Angelegenheit zu widerrufen. Die Offiziere behaupteten, die Zeitung hätte ihre Freundin betrogen. Die Marxburger Frauen und Mädchen seien Schweine. Bis der Verleger sich diese Redensarten und das Verhalten der Offiziere verbat, fielen diese über ihn her und mißhandelten ihn mit Häuten und Reitpferden. Darauf verhafteten die Offiziere unbeschäftigt. Der Verleger mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Eine Kommission ist gestern abend nach Marxburg abgereist. Die Untersuchung über diesen unerhörten Vorfall ist eingeleitet.

Correspondenz

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Teil der Unterredungsbeilage Ernst Trope, für die Inserate Bruno Meyer, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. Schmidt & Co.

50 Jahre päpstliche Unheilbarkeit.

Die päpstliche Unheilbarkeit ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Die Unheilbarkeit ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Die Unheilbarkeit ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Die Unheilbarkeit ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Die Kattenplage in Berlin.

Die Kattenplage in Berlin ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Eine leichtgläubig betrogene Buchhalterin.

Eine leichtgläubig betrogene Buchhalterin ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Die Unheilbarkeit ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Ueberraub fälscher und Schieber.

Ueberraub fälscher und Schieber ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Welt...

Amuliche Bekannmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Die Preise und Sonnabend Meier W. & Co. sind im Laufe der nächsten Woche kommen...

1. Von Freitag, den 23. Juli: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

2. Von Sonnabend, den 24. Juli auf die Fleischkarte 150 Gr. Rindfleisch und Wurst...

3. Von Montag, den 27. Juli: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

4. Von Dienstag, den 28. Juli: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

5. Von Donnerstag, den 30. Juli: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

6. Von Freitag, den 31. Juli: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

7. Von Samstag, den 1. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

8. Von Sonntag, den 2. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

9. Von Montag, den 3. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

10. Von Dienstag, den 4. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

11. Von Mittwoch, den 5. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

12. Von Donnerstag, den 6. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

13. Von Freitag, den 7. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

14. Von Samstag, den 8. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

15. Von Sonntag, den 9. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

16. Von Montag, den 10. August: Auf die Speisefleischkarte 125 Gr. Butter zum Preise von 1.100 Gr. das Pfund auf die Marke 12...

Verkauf von billigen Heringen.

1. Von Sonnabend, den 24. Juli ab werden in den Kolonial- und Fischgeschäften auf die Marke 5 und 5 A der Lebensmittelkarte in Danzig und auf die Marke 18 und 18 A der Lebensmittelkarte in den Nachbargemeinden je 5 Stück Salzheringe und zwar Schottische und holländische Vollerlinge zum Preise von M. 0.75 und norwegische Flettheringe zum Preise von M. 0.25 das Stück je nach Vorrat auszugeben...

2. Die Geschäfte, die die genannten Heringe verkaufen, sind verpflichtet, den Preis der Heringe an ihren Schaukästen an sichtbarer Stelle auszuhängen...

3. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Es wird noch bekanntgegeben, von wann ab die Heringe marktfrei verkauft werden können.

Danzig, den 22. Juli 1920. Der Magistrat.

Ausgabe der Speisefleischkarten.

Auf Grund der Verordnung vom 6. Juni 1917 machen wir folgendes bekannt:

1. Die Speisefleischkarten werden an die Haushaltungen von Sonnabend, den 24. bis Mittwoch, den 28. Juli, gegen Abgabe der Hauptmarke N. 191 in den Butterhandlungen ausgegeben...

2. Die Geschäfte haben die Speisefleischkarten mit ihrem Firmenstempel und mit der Nummer der in ihrer Anmeldebüchse eingetragenen Rahmenscheine auszugeben...

3. Die Milchreueger, die Butter von einer Molkerei gegen Bezugschein zurückhalten, (Butterleibherlortger) sind zum Empfang der Speisefleischkarten nicht berechtigt...

4. Die Butterhandlungen haben die vereinnahmten Hauptmarken N. 191 in der Zeit von Montag, den 2. bis Mittwoch, den 4. August der Rahmenscheinstelle Pfefferstraße 33/35, Borsbergstraße 1 Treppchen im Saal, Stelle 11 auf Markenbogen eingeklebt, einzureichen.

Danzig, den 22. Juli 1920. Der Magistrat.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Resitzer u. Direktor Paul Bannmann. Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt. Heute Freitag, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr. "Wo die Lerche singt" Operette in 3 Akten. Musik v. Franz Lehár. Sonnabend, d. 24. Juli, abds 7 1/2 Uhr zum ersten Male! Die Fledermaus. Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei Kodlin, Lange Markt 23 und von 10-5 Uhr im Warenhaus Freymann. Sonntags v. 11-2 an d. Theaterkasse in Vorbereitung. "Die Schönste von Allen". In den Parterre-Räumen: Klein-Kunst-Bühne "Libelle"

Lichtbild-Theater

Wagenmarkt Nr. 2. Heute neuer großer Spielfilm! Ein Wiener Kunstfilm "Der Leiermann" Drama in 5 Akten mit den Wiener Lieblingen Liane Haidt Max Neufeld "Am Weibe zerföhrt" Ein Lebensbild in 4 Akten. Hauptrolle: Erich Kaiser-Tietz Lustspiel-Etatsge. (1860)

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55. Nur bis einschl. Montag! Der Schatzgräber von Blagaj Sensationsdrama aus den wildzerklüfteten Bergen Bosniens in 4 Akten. Der Mann im Steinbruch Spannender und sensationeller Detektiv-Schiager in 3 Akten. Der geniale Einfall Lustspiel in 3 Akten mit Henry Bender. Beginn der letzten Vorstellung 8 1/4 Uhr.

Elektromotor

1/2 PS., 220 Volt, Gleichstrom, mit Anlasser, preiswert abzugeben. Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6.

Karbid

alle Körnungen, jedes Quantum, sofort ab Lager lieferbar. (1840) Klein-Herrensachen-Ausbefferungen werden billig gemacht (f. Bättelestraße 10, 12r. Hnks. Anzugstoffe verk. preisw. Mikotit, Oliva, abh. Stettin. (1850)

Fahrräder

nur erstklassige Fabrikate, Wanderer, Brennabor, Dürkopp, Baltia, Schladig usw., sogenannte billige Räder führe ich nicht. Mäntel, Schläuche prima in- u. Auslandsware, la Viktoria-Gummilösung, para Ventilmutti, Pedale, Ketten, Lenkstang., Glocken, Griffe, Glühkörper Feuerzeuge, Benzol, um zu räumen, enorm billig. Reparaturen sachgemäß, schnell u. billig. Gustav Ehms, 1. Damm 22-23, Ecke Breitgasse, Tel. 3478. Größtes u. ältestes Fahrrad-Spezialgeschäft a. Plage. Mitglieder des Radfahrer-Vereins "Solidarität" erh. bei mir 5-10% Rabatt.

Ein Fahrrad

elf. Battgeßel, Spediteur, Apparate, 1 Platten, 1 Film-Apparat zu verk. Zu ertrag. bis 1 Uhr vorm. Stelaff, Burggrafenstr. 6a. 1859

Volksfürsorge

Bemerkenswertig-Gesellschaftliche Versicherungs-Gesellschaft für Erwachsene und Kinder. Sterbekasse. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Neu! Frauenstimmen Beiträge der sozialdemokratischen Volksovertreterinnen zu den Zeitfragen Preis 225 Mark und 20% Treuezusatz Buchhandlung Volkswacht Am Spendhaus 6 a. Dammgrasse 32.

Stubbenholz

offenfertig, auch für Zentralheizungsanlagen empfohlen. H. Wandel, Danzig, Telefon Nr. 117, (1721)

Das Rennen macht Frind schmeckt wie Kaffee National Getreidekaffeeabrik Danzig.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich